

# Für ein gesundes Bremen

## Gemeinsames Forderungspapier des Paritätischen und des BUND zur kommenden Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft für eine gesundheitsförderliche sozial-ökologische Politik

Bremen, 09.06.2023<sup>i</sup>

### I. Einleitung

Die Gesundheit der Bremerinnen und Bremer hängt auch von Umweltfaktoren ab. Die Umweltqualität wirkt sich in vielfältiger Weise auf die menschliche Gesundheit aus: Eine hohe Feinstaubbelastung begünstigt Herz-Kreis-Lauf- und Atemwegserkrankungen und steht mit Demenzerkrankungen im Zusammenhang. Lärm verursacht psychischen Stress. Die globalen Umweltveränderungen bringen neue Gesundheitsbelastungen mit sich: Als Klimawandelfolge wird Hitze zur gesundheitlichen Belastung. Bisher im nördlichen Europa nicht heimische Arten, die Krankheiten übertragen, dringen langsam in unsere Regionen vor. Umwelt- und Gesundheitsschutz gehören damit eng zusammen.

Gesundheit und Umweltqualität hängen mit Armut zusammen. In Bremen, wie in anderen Städten, unterscheiden sich die Stadtteile hinsichtlich ihres sozio-ökonomischen Profils deutlich, aber auch hinsichtlich ihrer Umweltqualität sowie dem Gesundheitszustand der dort lebenden Menschen.

Eine verantwortungsbewusste Politik muss auf diese Zusammenhänge reagieren. Ein vorsorgender Gesundheitsschutz erfordert eine sozial-ökologische Transformation Bremens. Eine Vielzahl von Aufgaben und wichtigen Stellschrauben liegen dabei im Zuständigkeitsbereich der Landes- und Kommunalpolitik, die im Folgenden in acht Aktionsfeldern skizziert werden.

Der BUND und der Paritätische Bremen erwarten von den zukünftigen Regierungsparteien und ihrem Senat in der kommenden Legislaturperiode wirksame Entscheidungen, die sowohl den allgemeinen Klima- und Umweltschutz wie die besonderen sozialen Herausforderungen der Klima- und Umweltveränderungen adressieren und damit die Gesundheit der Bremerinnen und Bremer schützen.

### II. Aktionsfelder

#### 1. Grünversorgung

Stadtgrün macht die Stadt lebenswert. Öffentliche Grünflächen sind Orte der Erholung und tragen zur Stressreduktion bei. Öffentliche Grünflächen sind besonders für jene wichtig, die keine privaten Erholungsräume wie z.B. eigene Gärten haben. Straßenbäume spenden Schatten und Kühle und mindern die Hitzebelastung im Wohnumfeld. Das gilt besonders für die Stadtteile, in denen der Anteil von Asphalt und Beton besonders hoch ist. Stadtgrün verbessert auch die Luftqualität. Die Kleingärten rund um die Stadt dienen nicht nur als Frischluftquelle, sondern bieten auch allen Bevölkerungsschichten die Möglichkeit, von einem Garten zu profitieren.

Im Klimawandel ist das Grün in der Stadt ein besonderer Schutzfaktor. Stadtgrün wirkt kühlend bei Hitzewellen und schützt so besonders vulnerable Gruppen wie Alte, chronisch Kranke und kleine Kinder. Unversiegelte Flächen sind Frischluftschneisen, können Wasser zurückhalten („Schwammstadt“), Starkregeneignisse abmildern und bieten Lebensräume für Stadtnatur.

Eine nachhaltige Flächenpolitik ist zentral für eine gesunde Stadt. Dazu braucht es eine Flächenkreislaufwirtschaft mit dem Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauches. Bremen hat im Großstädte-Vergleich zwar einen hohen Anteil an innerstädtischen Grünflächen, allerdings leidet das Stadtgrün unter hohem Nutzungsdruck, Trockenstress als Klimawandelfolge und ist unterfinanziert.

Wir fordern:

- Deutlich mehr Investitionen in Grünanlagen und den Baumbestand.
- Mehr Stadtgrün insbesondere in Quartieren mit sozio-ökonomisch benachteiligten Wohnbevölkerungen auch als Ruheoasen und als Bewegungsorte.
- Erhalt der Kleingartengebiete.
- Einstieg in die Flächenkreislaufwirtschaft mit umfangreichen Entsiegelungen.
- Neues Grünflächenpflegekonzept mit ökologischer Ausrichtung der Grünflächenpflege, insbesondere Ende der Kahlschlagpflege.
- Regelmäßiger institutionalisierter Austausch und Abstimmung zwischen den für großflächige Grünstrukturen verantwortlichen öffentlichen und privaten Akteuren.

## **2. Mobilität**

Es ist Aufgabe der Politik die Voraussetzungen für eine gesunde Mobilität zu schaffen. Dazu gehören der Ausbau des ÖPNV und von Ladepunkten zur Förderung des Umstiegs auf elektrisch angetriebene Fahrzeuge, der Ausbau und die Ertüchtigung der Rad- und Fußwege, eine Verbesserung der Verkehrssicherheit der nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmenden durch flächendeckendes Tempo 30 in Wohnquartieren und eine Ausweitung der Barrierefreiheit.

Wir fordern:

- Konsequente Umsetzung des vom Bremer Senat beschlossenen Verkehrsentwicklungsplans und seiner Fortschreibung.
- Ausbau und Ertüchtigung der Radwege, vor allem auch entlang der Hauptstraßen in den innenstadtfernen Stadtteilen, sowie Umsetzung der zentralen Radverkehrsprojekte wie der Fahrradbrücken.
- Förderung der Fuß- und Radmobilität insbesondere auch bei Kindern und Jugendlichen.
- Orientierung am Leitbild der 10 Minuten Stadt, wie in Amsterdam oder Kopenhagen.
- Stärkung des ÖPNV durch kürzere Taktung, On-Demand-Angebote sowie Expressbuslinien zu den größeren Gewerbegebieten.
- Subventionierte Verbilligung des Deutschlandtickets für Bürgergeldempfänger\*innen, Bezieher\*innen von Grundsicherung und Auszubildende.

## **3. Energetische Sanierung des Bestandes**

Auch in Bremen wohnen ärmere Haushalte häufig in schlechter gedämmten alten Wohnungen und müssen deshalb pro qm höhere Heizungskosten tragen. Vermietende haben nur einen geringen finanziellen Anreiz für energetische Sanierungen. Andererseits belasten zusätzliche Mieterhöhungen infolge von energetischen Sanierungen die ärmeren Haushalte, die eh schon einen großen Anteil ihrer Haushaltseinkommen für Mietzahlungen aufbringen müssen.

Um die erforderliche energetische Sanierung von Mietwohnungen zu erreichen, bedarf es gezielter Maßnahmen wie die Umstellung auf eine Teilwarmmiete nach dem Vorbild Schwedens und einer

staatlichen Förderung energetischer Sanierungsmaßnahmen. Die Umstellung auf eine Teilwarmmiete macht energetische Sanierungen zu einem Instrument der Kostenreduktion für die Vermieterseite. Wo immer möglich sollten Wohnbestände durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften aufgekauft werden.

Die Krankenhäuser in Deutschland zählen zu den bedeutenden CO<sub>2</sub>-Emittenten. Bisher haben nur wenige der Krankenhäuser einen konsequenten Weg zur Reduktion ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen eingeschlagen. Nicht zuletzt haben öffentliche Gebäude (u.a. KiTas, Schulen, Kliniken und Hochschulen) hohen energetischen Sanierungsbedarf.

Wir fordern:

- Im Neubau eine schnelle und flächendeckende Umsetzung des „Bremer Standards“.
- Beschleunigung der energetischen Sanierung des Gebäudebestands nach dem „Worst-first“-Grundsatz.
- Initiative im Bundesrat zur weiteren Absenkung der Modernisierungumlage und zur Umstellung der Kaltmiete auf eine Teilwarmmiete.
- Entwicklung von Förderinstrumenten vor allem für energetisch besonders problematische Mietwohngebäude und Ausschluss von Mieterhöhungen infolge von geförderten Sanierungen
- Eine quartierssscharfe, kommunale Wärmeplanung, die spezifiziert, wo die Versorgung mit klimaneutraler Fern- oder Nahwärme erfolgen soll und wo Einzelgebäudelösungen (wie Wärmepumpen) eine sinnvolle energetische Lösung darstellen.
- Nutzung bereitstehender Instrumente zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen der Bremer Krankenhäuser.

#### **4. Soziale und klimagerechte Wohnungsbaupolitik**

Bremen leidet wie andere Städte an einem zunehmenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die Suche nach einer geeigneten Wohnung führt zu innerfamiliärem wie auch sozialem Stress und ist eine Gefahr für den sozialen Zusammenhalt.

Der Wohnungsbau wird auch in den kommenden Jahren eine zentrale Aufgabe von Politik und Investoren sein. Eine sozial-ökologische Wohnungsbaupolitik muss sich zur Vermeidung von weiteren Versiegelungen auf die Beseitigung von Leerstand, die Bebauung von Lücken, die Aufstockung bestehender Wohngebäude, den Umbau leerstehender Büroflächen in Wohnungen und die vorrangige Nutzung von bereits versiegelten Flächen prioritär ausrichten.

Gleichzeitig muss entgegen dem Trend im renditegetriebenen Wohnungsmarkt das Angebot von bezahlbaren Wohnungen deutlich erhöht werden. Zur Vermeidung einer weiteren Zunahme der sozialen Segregation müssen die Quoten für den Neubau von einzelnen Mehrfamilienhäusern durch eine sektorale Quote für kleinräumige Wohnbereiche ergänzt werden. Im Sinne einer inklusiven Gesellschaft ist die Ausweitung eines barrierefreien und altersgerechten Wohnangebots baurechtlich zu sichern.

Wir fordern:

- Eine sozial-ökologische Wohnungsbaupolitik, die weiterer Versiegelungen vermeidet und alternative Wege der notwendigen Ausweitung von Wohnraum geht.
- Prüfung einer höheren Quote für den sozialen Wohnungsbau wie in anderen Städten praktiziert.

- Einführung einer sektoralen Quote für den Neubau von Mehrfamilienhäusern in "reicheren" Stadtteilen.

## 5. Ernährung

Eine ausgewogene und gesunde Ernährung mit vollwertigen Lebensmitteln ist ein wichtiger Baustein für ein gesundes Leben. Gemeinschaftsverpflegungen in öffentlichen Einrichtungen dienen auch als Vorbild für weitere Bereiche, die sich dem direkten politischen Einfluss entziehen.

Besondere Bedeutung haben dabei Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen, die eine gesunde Ernährung auch für Kinder und Jugendliche aus armen und bildungsfernen Familien sicherstellen. Weitere Einrichtungen sind die Krankenhäuser, die Mensen der Hochschulen, sowie die Kantinen von öffentlichen Betrieben.

Die Stadt Bremen hat 2018 beschlossen, die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung schrittweise auf 100 Prozent ökologisch erzeugte Biolebensmittel umzustellen und den Fleischanteil zu reduzieren.

Wir fordern:

- Monitoring des Bremer Aktionsplans Gesunde Ernährung 2025 mit dem Ziel einer Planetary Health Diet und Ausweitung auf Bremerhaven.
- Stärkung der regionalen Landwirtschaft, Orientierung an dem in Bearbeitung befindlichen Zukunftsplan Landwirtschaft 2035.

## 6. Klimaschutz und Klimaanpassung

Klimaschutz ist eine Investition zur Begrenzung der zukünftigen Klimafolgen und ihrer negativen Auswirkungen auf die Gesundheit von Bevölkerungen.

Wie stark sich der Klimawandel auf die Gesundheit auswirken wird, hängt von der Anpassung an die Klimawandelfolgen ab. Durch versiegelte Flächen mit viel Beton entstehen Hitzeinseln. Tageshitze und eine mangelnde nächtliche Abkühlung sind eine besondere Belastung für Menschen mit gesundheitlichen Vorbelastungen sowie für Alte und kleine Kinder. Mehr Grün in der Stadt trägt zur Regulierung des lokalen Stadtklimas bei. Der sparsame Umgang mit Wasser und Managementpläne für Perioden der Knappheit sind zunehmend wichtig, um auch in Hitzeperioden eine gute Versorgung der Haushalte mit Trinkwasser zu gewährleisten.

Wir fordern:

- Eine Offensive für öffentliches Grün, um klimaangepasste Quartiere und Straßenräume zu schaffen und bestehendes öffentliches Grün an den Klimawandel anzupassen.
- Ausbau von öffentlichen Trinkbrunnen an Plätzen und Anlagen in den Quartieren.
- Vorsorgendes Wassermanagement durch Entsiegelungen (Starkregen), Rückhalten des Wassers in den Ökosystemen sowie einen sparsamen Umgang mit der Ressource Wasser und den Aufbau von Grauwassersystemen und die Rückhaltung von Regenwasser.
- Rückführung geklärten Abwassers in die Wasserkreisläufe statt Abführung in die Nordsee.

## 7. Lebendige Umwelt

Gesunde Menschen leben in einer gesunden Natur. Intakte Ökosysteme sorgen für eine gute Luft- und Wasserqualität, regulieren Schädlingspopulationen und bieten Naherholung. Beschädigte Ökosysteme müssen wiederhergestellt werden und gegenüber Umweltveränderungen resilient gemacht werden.

Eine gesundheitsfördernde Freizeitnutzung der Bremer Gewässer ist vor allem für sozio-ökonomisch benachteiligte Menschen und Familien als kostenfreie Bademöglichkeit wichtig. Auch deshalb sollten alle Bremer Gewässer in einen guten ökologischen Zustand gebracht werden. Nährstoffbelastungen müssen weiter reduziert werden, um z.B. dem Auftreten von toxischen Algen im Sommer in Badegewässern zu vermeiden. Die Fließgeschwindigkeiten in Weser und Nebenflüssen in Folge der Weservertiefungen schränken die Freizeitnutzung ein. Vorhandene Überschwemmungsgebiete sollten unbebaut bleiben und Flussufer unter Erholungs- und Aspekten des Naturerlebens renaturiert werden.

Die unverbaute Landschaft bietet Erfahrungsräume für Natur im Nahbereich. Der Grüngürtel um Bremen sollte daher weder für Gewerbe noch für Wohnen weiter bebaut werden. Während das umfangreiche Netz der Schutzgebiete im Bremer Grüngürtel wesentliche Beiträge zum Erhalt der Biodiversität beiträgt, sind vielfältige Anstrengungen dazu im innerstädtischen Bereichen erforderlich.

Wir fordern:

- Alle Gewässer im Land Bremen in einen guten ökologischen Zustand versetzen.
- Biodiversitätsstrategie entwickeln, umsetzen und monitoren.
- Erhaltung des grünen Außenbereiches.

## **8. Gerechte Quartiersentwicklung**

Die Voraussetzungen für ein gesundes Leben sind in Bremen wie auch in vergleichbaren anderen Städten ungleich über die Stadtteile verteilt: die Grünversorgung, die Belastung mit (Verkehrs-) Emissionen, aber auch die Zugänge zur Daseinsvorsorge (wie Arztpraxen). Dies betrifft auch andere Bereiche wie Bildung, sodass es zu Mehrfachbenachteiligungen von Stadtteilen kommt.

Nicht zuletzt die Schuluntersuchungen zeigen regelmäßig, dass die Zahngesundheit stark mit dem sozio-ökonomischen Status der Stadtteile korreliert. Ein weiterer Indikator ist die durchschnittliche Lebenserwartung, die sich um viele Jahre im Vergleich der Stadtteile unterscheidet.

Die sozial-ökologische Qualität eines Wohnquartiers hängt von den Angeboten im Alltag ab. Dazu gehören neben der Lebensmittelversorgung und dem Betreuungsangebot für Kleinkindern auch die ambulante ärztliche Versorgung vor allem im hausärztlichen, frauenärztlichen und kinderärztlichen Bereich. Sind diese Angebote vor Ort unzureichend, zwingen sie zur Fahrt in andere Quartiere. Medizinische Versorgungszentren in kommunaler Trägerschaft sind eine vernünftige Alternative.

Eine konsequente sozial-ökologische Politik kann erheblich zu einer gerechteren Verteilung der Bedingungen für ein gesundes Leben beitragen. Umweltwirksame Maßnahmen (wie z.B. die Mobilitätswende oder die Stärkung des öffentlichen Grüns) sind auch präventiver Gesundheitsschutz.

Projekte wie die Waller Mitte, das neue Hulsberg-Quartier oder der Ellener Hof sind geeignete Ansätze für eine sozial-ökologische Quartiersentwicklung. Sie schaffen im öffentlichen Raum Grünflächen und bieten vor allem für Ältere und Familien mit ihren Sitzgelegenheiten Angebote zur Ruhe.

Wir fordern:

- Verankerung des ökologischen Stadtumbaus als Gesundheits- und Gerechtigkeitskomponente in der integrierten Stadtentwicklung.
- Entwicklung eines Aktionsplans gesundheitsgerechte Quartiere. Förderung von Medizinischen Versorgungszentren ggf. in kommunaler Trägerschaft.
- Schaffen einer Informationsgrundlage für sozial-ökologische Stadtentwicklung, um mehrfache Benachteiligungen zu identifizieren.

### III. Bremer Regierungsbildung

Die sozial-ökologische Stadtentwicklung nach gesundheitlichen Aspekten ist eine kommunale Querschnittsaufgabe.

Ein vorsorgender, präventiver Schutz der menschlichen Gesundheit ist dabei untrennbar mit der Ökologie verbunden. Die Schnittstelle Gesundheit und Umwelt wird angesichts der globalen Umweltveränderung zunehmend bedeutend, und sollte bei der ökologischen Transformation des Zweistädtestaates zur Erreichung der gesetzlichen Klimaziele systematisch berücksichtigt werden.

Gerade die ärmeren Bevölkerungsgruppen sind am verwundbarsten. Eine Gesundheitspolitik, die eine intakte Stadtökologie auch als Bedingung menschlicher Gesundheit versteht, leistet auch einen wichtigen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Wir erwarten vom nächsten Senat die Einsetzung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, die unter Beteiligung der Zivilgesellschaft Handlungsempfehlungen für ein „Gesundes Bremen“ in sozial-ökologischer Perspektive entwickelt. Die Umsetzung dieser Empfehlungen sollte mit einem konsequenten Monitoring und regelmäßigen Berichten dokumentiert werden.

---

<sup>i</sup> Kontakt für inhaltliche Rückfragen: Dr. Jasper Meya (BUND Bremen, [jasper.meya@posteo.de](mailto:jasper.meya@posteo.de)) und Dr. Hermann Schulte-Sasse (Paritätischer Bremen, [h\\_schulte-sasse@web.de](mailto:h_schulte-sasse@web.de)).